

Dagmar Schmelzer

## ***New We*. Die diskursive Performanz gesellschaftlichen Zusammenhalts in Corona-Zeiten – ein deutsch-französisch-spanischer Vergleich**

During the corona lockdown in March and April 2020, heads of state around the world relied on the invocation of national cohesion, using nationally different conventions to create community. The federal government of Germany and the German political elites successfully opted for a consensus-oriented style of communication, which – reinforced within the echo chamber of the media – performatively constituted a "New We". The high level of approval of the German population for government action can also be attributed to this effective communication. Using a corpus of politicians' speeches and press reports, the article analyzes this communication strategy and the value orientations it explicitly referred to. The German style of communication is then contrasted with that of French President Macron in his four speeches during the lockdown period and with the failure of a *we-performance* in the Spanish political discourse characterized by polarizing, confrontational *crispación*. The question is also raised as to whether the corona crisis can contribute transnationally to a revival of democracy that appeals more strongly to civil society.

### **1. Einleitung: Die Konjunktur des *New We* und die Konkurrenz der Kommunikationsstile**

"Nie war es so wichtig, gemeinsam allein zu sein. Um auf alle aufzupassen."  
(Motto des *Zeit-Magazins*, 19. März 2020)

Am 24. Juni 2020, dem Quebecer Nationalfeiertag, beruft sich der Premierminister der Provinz, François Legault, in Tradition des landestypischen *survivance*-Narrativs, auf 400 Jahre vereinten Kampf, die gemeinsamen Opfer und Prüfungen der Nation – vor deren Hintergrund man auch die Herausforderung 2020 gemeinsam bewältigen werde: "le peuple québécois s'est uni comme jamais. On a fait de grands sacrifices [...] ça nous honore comme nation. [...] on va encore passer au travers et ensemble on va sortir grandis, plus unis, plus forts, plus fiers."<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Cf. [https://www.youtube.com/watch?time\\_continue=140&v=OG3rp1n9PsY&feature=emb\\_logo](https://www.youtube.com/watch?time_continue=140&v=OG3rp1n9PsY&feature=emb_logo) (07.09.2020).

Staatschefs und politische Eliten weltweit setzten während des Corona-Lockdowns auf die Performanz eines neuen (nationalen) Zusammenhalts und knüpfen dabei an die jeweils landestypischen Konventionen patriotischer Ansprache. War vor der Corona-Krise allorts vom Zerfall des demokratischen Konsenses und der – nationalen sowie europäischen – Solidarität angesichts einer sozialen wie politischen Spaltung der Gesellschaft(en) die Rede; schien die Macht der 'Wir'-Performanz an Populisten zu fallen, die ihre Anhänger in gemeinsamer Gegnerschaft auf die binäre Opposition zwischen 'den Eliten' und 'uns, dem Volk' einschworen, so hat die Rede vom 'Wir' nun auch im Mund der politischen Führungsspitzen wieder Konjunktur und scheint in der Mehrheitsgesellschaft Gehör zu finden.<sup>2</sup> Es überrascht nicht, dass die Pandemie diese Dynamik befördert. Sich auf einen gemeinsamen Feind zu konzentrieren – hier 'das Virus' –, ermöglicht es, die kollektive Identität nicht nur durch Inklusion, sondern auch durch Schließung nach außen zu bekräftigen, sonst für gewöhnlich ein Schwachpunkt heutiger verantwortlicher Elitendiskurse, die sich angesichts des Fehlens einfacher Feindbilder mit der Gruppenkohäsion schwerer tun als Populisten. So sieht es auch Ivan Krastev: "Im Moment jedoch erklärt die Intensität der Angst vor Covid-19, warum sich die Rhetorik der Regierungen meist gegen die der Populisten durchgesetzt hat." (Krastev 2020: 53)<sup>3</sup>

Diese neue Situation könnte daher durchaus als Kairos, als günstiger Moment, für die Demokratie gesehen werden – und nicht nur, wie vielfach angesichts der Aussetzung der Versammlungsfreiheit postuliert wird, als deren Einschränkung oder 'Ende'. Die Notstandszeit ist nicht nur, wie oft kolportiert, die Stunde der Exekutive und der Experten, die Stunde führungsstarker politischer, akademischer (und medialer) Eliten, sondern auch die Stunde eines neuen kollektiven Konsenses. Eine gemeinsame Aufgabe schafft die Disposition dazu. Ein erfolgreiches Krisenmanagement, das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie sowie die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Institutionen und Verantwortlichen stehen dabei, wie Krastev betont, in einem wechselseitigen Zusammenhang, erwiesen sich doch ge-

---

<sup>2</sup> Das Kernprinzip des Populismus ist nach Mudde / Rovira Kaltwasser (2019: 25), "dass alle Formen des Populismus die Ansprache 'des Volkes' und den Angriff auf 'die Elite' beinhalten [...]" "Eliten-Bashing" (Ackermann 2020: 117) ist somit ein einender Bestandteil populistischer Diskurse.

<sup>3</sup> Simon Scharf betont den performativen Anteil der Rede von Solidarität: Sie reagiere auf eine Leerstelle der Gegenwartsgesellschaft und versuche mittels sprachlicher Vorwegnahme des nicht selbstverständlich gegebenen Sachverhalts 'Gemeinschaft' diese erst herzustellen – was er allerdings kritisch sieht (2020: 185–188).

rade die Länder als resilient, die "großes öffentliches Vertrauen in ihre Institutionen" an den Tag legen: "Der Erfolg sozialer Kontrolle vonseiten des Staates hängt stärker von freiwilliger Regelbefolgung als von staatlichem Zwang ab. [...] nur Regierungen, denen ihre Bürger trauen, können einen belastenden Lockdown wirksam aufrechterhalten." (Krastev 2020: 20) Und: "die Effektivität von Regierungen [wird] heute an ihrer Fähigkeit gemessen, das Alltagsverhalten der Menschen zu verändern" (Krastev 2020: 40).

Die von der Meinungsforschung ermittelte Zustimmung zum Lockdown sowie die Beliebtheitswerte der beteiligten Politiker belegen, dass dies in Deutschland geglückt ist.<sup>4</sup> Selbstverständlich haben die im internationalen Vergleich geringe Mortalitätsrate, die bestandene Bewährungsprobe für das Gesundheitswesen, die relative Milde der Maßnahmen und sicher auch die wirtschaftlichen Hilfspakete entscheidenden Anteil an dieser positiven Wahrnehmung des Krisenmanagements durch die Bürger\*innen. Jedoch waren diese Faktoren zudem begleitet von einer durchwegs besonnenen Kommunikationsstrategie, die auf die Performanz gemeinschaftlicher Verantwortung setzte. "Führungsstile auf der Probe" titelt *Die Zeit* am 19. März und stellt Angela Merkel, Donald Trump, Emmanuel Macron, Boris Johnson und Ursula von der Leyen einander gegenüber. Wie die Führungsstile differieren indes die Kommunikationsstile. Bereits zu Beginn der Krise wurde sie als Herausforderung der Kommunikation geframt, nicht zuletzt in der Fernsehansprache der Bundeskanzlerin vom 18. März:

Ich wende mich heute auf diesem ungewöhnlichen Weg an Sie, weil ich Ihnen sagen will, was mich als Bundeskanzlerin und alle meine Kollegen in der Bundesregierung in dieser Situation leitet. Das gehört zu einer offenen Demokratie: dass wir die politischen Entscheidungen auch transparent machen und erläutern. Dass wir unser Handeln möglichst gut begründen und kommunizieren, damit es nachvollziehbar wird.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Das ZDF-Politbarometer am 9. April verzeichnet eine Zustimmung zur Politik der Kanzlerin von 80%, zur Regierungsarbeit von 88% und zu den Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverboten gar von 90% (vgl. <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/zdf-politbarometer-april-i-2020/> 13.09.2020).

<sup>5</sup> Die Ansprache der Bundeskanzlerin kann abgerufen werden unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992798/1732182/d4af29ba76f62f61f1320c32d39a7383/fernsehansprache-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-data.pdf?download=1> (13.10.2020). Ganz ähnlich: "Spahn ist entschlossen, [...] vor allem und immer wieder: 'angemessen zu kommunizieren'. Den Ernst der Lage klarmachen, ohne Panik zu verbreiten. Rational sprechen und Transparenz herstellen" (Lau 2020a). Vgl. auch: "In China entschieden sich die Behörden [...], die Bevölkerung möglichst transparent zu informieren. Sie taten das nicht unbedingt, weil es ein Merkmal der dortigen Machthaber wäre. Doch in diesem Fall scheint ihnen [...] klar gewesen zu sein, dass man ohne die Unterstützung [...] der Menschen [...] scheitern würde." (Bahnsen / Menne 2020)

Wie bereits am Quebecer Beispiel betont, ist das neue Wir im Sinne der vielfach konstatierten "nationale[n] Regression" (Guérot 2020: 289) in der ersten Phase der Corona-Krise zuvörderst ein nationales:<sup>6</sup> "Wir haben ein Wir-Gefühl entwickelt, eine Art Corona-Patriotismus. [...] wir gehen gemeinsam da durch", betont z.B. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in einem Interview (o.A. 2020f: 2). Merkels Auftreten wird vermehrt in Zusammenhang mit ihrem "Wir-schaffen-das-Moment" in der Flüchtlingskrise 2015 gerückt (o.A. 2020d).

In diesem Kontext möchte der vorliegende Beitrag einige emblematische politische Reden der Corona-Zeit und deren Medienecho auf die sprachliche und rhetorische Performanz von Gemeinschaft untersuchen und insbesondere herausarbeiten, auf welche Werte die Verantwortlichen in ihren Reden rekurrieren und wie sie ihren gesellschaftlichen Auftrag begründen. Ausgangspunkt bildet eine Analyse des deutschen Diskurses mit einem (angesichts des begrenzten Seitenumfangs des Beitrags) kurzen vergleichenden Blick nach Frankreich und Spanien.

Ein 'Wir' und eine kollektive Identität sind auf kraftvolle und anschlussfähige Performanz angewiesen. Schon John L. Austin schreibt performative Kraft – also die Kraft der Worte, sozial gültige (Handlungs-)Wirklichkeit zu schaffen – nur solchen Sprechakten zu, für die die per Konvention festgelegten Bedingungen ihres Gelingens vorliegen (1989: 37). So muss die sprechende Person mit der Autorität ausgestattet sein, für alle sprechen zu können. Bei der performativen Setzung kollektiver Identität ist zudem die aktive Responsivität des Kollektivs bezüglich der Äußerung wichtig. Sie muss in der Öffentlichkeit<sup>7</sup> Resonanz und Annahme finden; nur so kann sie machtvoll genug sein, im bereits zitierten Sinne Krastevs das "Alltagsverhalten der Menschen zu verändern" (2020: 40) oder, mit Foucault gesprochen "[à] conduire les conduites" (1982: 1056). Die "scénarisation" der Verantwortlichen muss ein überzeugendes Imaginäres stiften, das zu gesellschaftlichem Anschluss-handeln führt (Citton 2010: 12 et passim). Hier ist speziell die Rolle der Medien

---

<sup>6</sup> Sicher gründet das *New We* im Sinne der Subsidiarität auf der Erfahrung ganz konkreter, persönlicher Solidarität im sozialen Nahraum: in der Nachbarschaftshilfe, in konkreten lokalen Initiativen und privatem, zivilgesellschaftlichem Einsatz, wie sie in den sozialen Netzwerken und in den Medien nicht nur in performativer Absicht breit besprochen wurden. Hier aber soll der – medial verstärkte – politische Diskurs im Zentrum stehen.

<sup>7</sup> Im Sinne Jürgen Habermas' ist die (bürgerliche) Öffentlichkeit "als die Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute" (1990: 86) die Kontrollinstanz der öffentlichen Gewalt, wobei "das Medium dieser politischen Auseinandersetzung: das öffentliche Raisonement" (1990: 86) die Legitimationsbasis für die demokratische Normfindung bzw. Gesetzgebung ist (1990: 119) und sich der Presse als ihres kritischen Organs bedient (1990: 126).

zentral, nicht nur als Transmittenten, sondern auch als Multiplikatoren, als Echo-raum, in dem mittels Verstärkung die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gelenkt und gehalten und mittels Reiteration und selektiver Konzentration der Aussagen bereits der Schritt zur Ausprägung habitualisierten Denkens, Sprechens und Handelns initiiert wird. Auch in dieser Hinsicht schafft die Corona-Krise durch die besondere Fokussierung der Berichterstattung einen günstigen Moment für die Performanz kollektiv anschlussfähiger Demokratie: "Wir erleben ein großes medien-theoretisches Seminar. Man erkennt, im Ausnahmezustand entsteht Monothematis-mus. [...] Themen sind Erregungsvorschläge, die von der Öffentlichkeit angenom-men werden oder nicht", führt Sloterdijk dazu aus (Soboczynski 2020: 47).

Diesen Überlegungen möchte das Korpus Rechnung tragen. Für Deutschland wird eine Inhaltsanalyse frei nach Philipp Mayring herangezogen, die eine induktive Ka-tegorienbildung (2010: 85–87) bezüglich der aufgerufenen Werte vornimmt, sich auf Ankerbeispiele stützt (2010: 63; 97) und den Rückbezug auf den Kommunika-tionszusammenhang (2010: 50) im Sinne eines Mikrokontextes – Situierung der performativen Kommunikationsakte in der Corona-Krise – und eines Makrokon-tektes – den Skripten und Frames für wertegeleitetes und kulturell kodiertes Staats-handeln im demokratischen, national spezifischen Kontext (vgl. 2010: 43) sucht. Frei ist der Bezug auf Mayring insofern, als das Korpus nicht allen Kriterien eines streng systematischen Vorgehens entspricht. Zugrunde gelegt werden initiative Schlüsseltexte von führenden Politikern, speziell der Bundeskanzlerin und des Bun-desgesundheitsministers, und Artikel aus der *Zeit* als eines exemplarischen 'Leit-mediums', die Politikeraussagen besprechen und verstärken, und solche, die Presse- und Medienhandeln zum Thema haben, ergänzt um andere markante Medien- und Presseberichte.

## **2. Zivilgesellschaft und Staatshandeln: Wir-Diskurs in Deutschland**

"Da sind unsere Solidarität, unsere Ver-nunft und unser Herz füreinander schon auf eine Probe gestellt [...]" (Angela Mer- kel, Bundespressekonferenz 11. März 2020)

Herfried Winkler identifiziert in der Konkurrenz der Systeme im Umgang mit der Corona-Krise neben dem Typ Apparat (China) und dem Typ starker Mann (USA,

Ungarn, Brasilien) als dritten Typ "die Kombination aus Staatlichkeit und Zivilgesellschaft: 'Wir Politiker können das nicht allein leisten, wir brauchen eure Unterstützung.'" (Assheuer 2020)<sup>8</sup> Auf diesen Aspekt legt die Bundeskanzlerin in ihrer Fernsehansprache rekurrent Wert:<sup>9</sup>

Ich glaube fest daran, dass wir diese Aufgabe bestehen, wenn wirklich alle Bürgerinnen und Bürger sie als IHRE Aufgabe begreifen. [...] ich möchte Ihnen auch vermitteln, warum es Sie dafür braucht, und was jeder und jede Einzelne dazu beitragen kann. [...] Niemand ist verzichtbar. Alle zählen, es braucht unser aller Anstrengung. [...] Wir sind eine Demokratie. Wie leben nicht vom Zwang, sondern von geteiltem Wissen und Mitwirkung.

Udo Di Fabio leitet aus §1 Abs. 2 des Bundesinfektionsschutzgesetzes nicht nur ab, dass der Bund im Sinne eines deliberativen Gesetzesvollzugs auf die Kooperation von Ländern und Kommunen und aller medizinisch relevanten Akteure vor Ort angewiesen ist, sondern zudem auf die Eigenverantwortung des Einzelnen – den (oder die) er denn auch mehrfach in die Pflicht nimmt, wenn er auf die "Lernfähigkeit aller" auf "Einsicht und Verantwortung der Bürger" und "staatsbürgerliche Urteilskraft" setzt (Di Fabio 2020).

Die Presseberichterstattung bespricht diese Strategie: "[...] der Staat, der einem dieser Tage in Gestalt des Corona-Kabinetts praktisch täglich entgegentritt, wirbt offen, fast bibbernd, um die Kooperation Erwachsener, ohne die es schlicht nicht geht, statt durchzuregieren." (Lau 2020b) "Angela Merkel hat die Wörter 'bitte' und 'danke' ins Zentrum ihrer Kommunikationsstrategie gerückt" (Hildenbrandt / Pausch 2020), wird konstatiert. In ihrer Fernsehansprache dankt Merkel nicht nur den Mitarbeiter\*innen des Gesundheitswesens und der Supermärkte, sondern lässt ihre Rede mit "Ich danke Ihnen", gerichtet an alle Zuschauenden, enden. Nach dem Lockdown möchte Jens Spahn diese Zweigleisigkeit von verantwortlichem Staatshandeln und zivilem Engagement als eine Errungenschaft in die neue Normalität mitnehmen (o.A. 2020f: 2); ganz ähnlich der Generalsekretär der CSU, Markus Blume: "Meine Hoffnung ist, dass wir für die kommenden Phasen auf mehr Eigenverantwortung setzen können, weil die Leute Bescheid wissen." (o.A. 2020c)

---

<sup>8</sup> Vgl. Illouz (2020): "Länder wie Schweden, die Niederlande oder Deutschland setzten lieber auf das soziale Vertrauen und die Disziplin ihrer Bürger, sich um sich selbst und um andere zu kümmern. Sie bekamen die Krise so mit einer Mischung aus Gemeinschaftssinn und Freiheit in den Griff."

<sup>9</sup> <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992798/1732182/d4af29ba76f62f61f1320c32d39a7383/fernsehansprache-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-data.pdf?download=1> (13.10.2020).

Noch am 12. März war in *Die Zeit* vom Böckenförde-Theorem zu lesen: "das Gedeihen der Demokratie hänge von der 'moralischen Substanz' der Bürgerinnen und Bürger ab, von ihrem 'staatstragenden Ethos' der Toleranz, vom entsprechenden Wir-Gefühl". Im populistisch dominierten Meinungsklima "werden Moral und Rücksicht belächelt und beföhdet" und einem "zynischen Machtdiskurs" das Wort geredet, dem "Moral [...] durchweg Hypermoral" ist (de Weck 2020). Schon eine Woche später jedoch ist Rücksicht – neben Einsicht und Vorsicht – eines der Schlüsselworte des neuen Corona-Diskurses und die moralisch-ethische Motivation des Staatshandelns steht in den Reden hoch im Kurs. Im Sinne einer Verantwortungsethik gehen die Führungsspitzen mit gutem Vorbild voraus: Olaf Scholz übernimmt im Interview mehrfach ausdrücklich "Verantwortung" (o.A. 2020a) und Jens Spahn stellt das Gemeinwohl vor seine persönlichen Interessen:

Mich besorgt, dass es sehr häufig nur um die Frage geht, was die Gesellschaft dem Einzelnen schuldet. Aber zu selten darum, was jeder einzelne beitragen kann. [...] Ich habe momentan wenig Zeit, mich zu fragen, wie es mir persönlich geht. Wir sollten gutes Regieren grundsätzlich wichtiger nehmen als persönliche Befindlichkeiten. (Lau 2020a)

Auf welche Werte stützt sich nun die neue Verantwortlichkeit? Mittels induktiver Kategorienbildung konnten sechs Cluster ermittelt werden: 1. Wissenschaftsorientierung, Pragmatik, Vernunft und Sachlichkeit 2. Empathie und Mitmenschlichkeit 3. Vulnerabilität, Fehlerkultur und (epistemologische) Demut 4. Unsicherheitstoleranz und Lernbereitschaft 5. Konsensorientierung 6. Regelakzeptanz und Disziplin. 1. Vernunft und Maß, Rationalität und Sachlichkeit betonen die Regierenden schon dadurch, dass sie im Verbund mit Medizinerinnen auftreten, so bereits in der Pressekonferenz vom 11. März, an der der Chef des Robert-Koch-Instituts Professor Wierler teilnimmt. In ihrer Fernsehansprache will Merkel "mit Vernunft und Augenmaß" vorgehen und stützt sich ausdrücklich auf das Urteil der Experten. Die Wissenschaftsorientierung der Politik, die sich nicht auf Macht beruft, "sondern auf Christian Drosten, der keine haben will" (Lau 2020b), wird flankiert von der Versachlichung des Diskussionsstils: "Nein, es könne im Moment nicht genug Versachlichung geben", antwortet Anne Will auf die Frage, ob eine Talk-Show nicht unter der neuen Ausrichtung leide (von Uslar 2020). Die pragmatischen Ausführungen des Vizekanzlers Olaf Scholz überschreiben die Interviewenden mit der Feststellung, er setze "auf die Vernunft der Deutschen" (o.A. 2020a). Besonders prägnant

fasst das dieser Tage viel zitierte Partei-Motto der CDU, "Maß und Mitte", das vernünftig-pragmatische Vorgehen ins Wort. Bereits am 28. Februar fordert Merkel es bei einem Auftritt in ihrem Wahlkreis ein<sup>10</sup> und wiederholt das Diktum am 11. März mit Bezug zu Hamsterkäufen,<sup>11</sup> womit sie deutschlandweit in der Lokalpresse zitiert wird.<sup>12</sup> Spahn überträgt die Leitlinie am 16. März in einem Interview gegenüber der *Bild*-Zeitung allgemein auf das Regierungshandeln.<sup>13</sup> Die griffige Maxime findet in der Folge über die CDU hinaus Verbreitung: So verwendet sie z.B. der Virologe Jonas Schmidt-Chanasit vom Bernhard-Nocht-Institut in der Tagesschau vom 24. April (03:18).<sup>14</sup>

2. Die viel beschworenen gemeinsamen Anstrengungen zum Schutz der Schwachen (Titelthema *Die Zeit*, 2. April) bauen auf Werte der Mitmenschlichkeit und den Anteil, den Merkel am 11. März als "unser Herz füreinander" benennt: eine säkularisierte Form der Nächstenliebe, die im Appell einer Gruppe von Intellektuellen nach europäischer Solidarität in traditionell christlichem Duktus daherkommt: "Ein neues Klima ist zu spüren: Es ist geradezu populär, Hilfsbereitschaft, Empathie und Hoffnung zu zeigen. [...] Aber in der entscheidenden Frage bleiben die Nordländer den Brüdern und Schwestern aus dem Süden gegenüber zurückhaltend" (Verschiedene 2020b). In der Fernsehansprache der Bundeskanzlerin stehen Mitgefühl und Verständnis für die "Fragen" und "Sorgen" der Menschen an erster Stelle.

3. Das Eingestehen von Fehlbarkeit ist in der Politik in Normalzeiten eine ungewohnte Geste und kann als eine Reaktion auf die "Verletzlichkeitserzählung" (Schmidt 2020b)<sup>15</sup> gesehen werden, die die Corona-Krise begleitet: "Markus Söder betont, dass auch die Politik bisweilen Irrtümern unterliege" (Hildenbrandt / Pausch

---

<sup>10</sup> <https://www.welt.de/vermischtes/article206221797/Coronavirus-Bundesregierung-legt-Krisen-Leitlinien-fest-Merkel-fuer-Vorgehen-mit-Mass-und-Mitte.html> (31.08.2020).

<sup>11</sup> <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-bundesgesundheitsminister-spahn-und-rki-chef-wieler-1729940> (31.08.2020).

<sup>12</sup> Die *Saarbrücker Zeitung* z.B. bezeichnet die Appelle der Kanzlerin als "unaufgeregt", [https://www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/politik/inland/merkels-werben-fuer-zeitgewinn-mit-mass-und-mitte-die-kanzlerin-gibt-sich-unaufgeregt-zeigt-jedoch-verstaendnis-fuer-die-furcht-der-menschen-vor-dem-coronavirus\\_aid-49506381](https://www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/politik/inland/merkels-werben-fuer-zeitgewinn-mit-mass-und-mitte-die-kanzlerin-gibt-sich-unaufgeregt-zeigt-jedoch-verstaendnis-fuer-die-furcht-der-menschen-vor-dem-coronavirus_aid-49506381) (31.08.2020).

<sup>13</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=zrf5tEKks3o&feature=youtu.be> (05:52) (31.08.2020).

<sup>14</sup> <http://tagesschau.de/multimedia/video/video-692333.html> (03:18) (31.08.2020).

<sup>15</sup> "Das ist, was eine Epidemie uns zeigt: wie verwundbar wir alle sind, wie abhängig von dem rücksichtsvollen Verhalten anderer" (Fernsehansprache der Bundeskanzlerin, 16.03.2020). Exemplarisch zudem: "In der Tat, wir spüren nun unsere Verletzlichkeit." (Herfried Münkler über Globalisierung in: Assheuer 2020)

2020). Sprichwörtlich ist der Satz Spahns geworden: "Wir werden uns in der nächsten Zeit noch öfter gegenseitig verzeihen müssen" (z.B. o.A. 2020f: 3),<sup>16</sup> der die ausdrücklich von epistemischer Bescheidenheit begleitete Fehlerkultur in eine christliche Tradition rückt. Noch deutlicher wird letzteres, wenn von Demut die Rede ist – wie in der Pressekonferenz Spahns und Wielers vom 26. März.<sup>17</sup>

4. "Dies ist eine dynamische Situation, und wir werden in ihr lernfähig bleiben", proklamiert Angela Merkel in ihrer Fernsehansprache und betont abschließend: "Diese Situation ist ernst und sie ist offen".<sup>18</sup> Damit fordert sie einen verantwortlichen Umgang mit Planungsunsicherheit, eine hohe Unsicherheitstoleranz und vermeidet es die Bürger\*innen in falscher Sicherheit zu wiegen. Die Medien reagieren auf die neue Anforderung; Anne Will geht tastender in die Sendung: "Wir suchen nicht, wie sonst üblich, nach gegensätzlichen Positionen, wir suchen nach einer Weitung der Perspektive, gerne über [...] einen wissenschaftlichen Fachbereich." (von Uslar 2020) In der Tat hat es auch im Rückblick noch "den Anschein, als bildeten Regierende und Regierte eine Art virologische Lerngemeinschaft." (Hildenbrandt / Pausch 2020) Jens Spahn zieht mit seinem Satz "wie wir in dieser Krise gemeinsam lernen" im *Heute-Journal* am 19. April<sup>19</sup> – wie so viele – bereits Lehren für die Nach-Corona-Zeit: Die Digitalisierung der Gesundheitsämter sei ein dringendes Desiderat für die Zukunft.

5. Der Schulterschluss von CSU und CDU, der Konsens zwischen Söder und der Kanzlerin, die zeitweise Aussetzung des Gerangels um die Kanzlerkandidatur und der Koalitionsfriede in der Großen Koalition sind viel besprochene Konsenssignale während der ersten Phase der Corona-Krise. In seiner Rezension zum Film *Die Getriebenen* zur Flüchtlingskrise 2015 etwa macht Thomas E. Schmidt hierin die Besonderheit des Krisenmanagements von 2020 aus: "Die Bekämpfung des Virus hingegen wird bisher unter einem Schutzschirm aus Konsens betrieben." (2020a) Selbst Vertretern der Opposition, z.B. dem Parteivorsitzenden der FDP Christian

---

<sup>16</sup> Ebenso: Verschiedene 2020a, wo der Satz als "Messlatte aller politischen Maßnahmen" bezeichnet wird.

<sup>17</sup> Übertragen vom BR, <https://www.youtube.com/watch?v=SaWvVskSHto> (59:26) (08.09.2020).

<sup>18</sup> <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992798/1732182/d4af29ba76f62f61f1320c32d39a7383/fernsehansprache-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-data.pdf?download=1> (13.10.2020).

<sup>19</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/heute-journal-vom-19-04-2020-100.html> (05:56) (08.09.2020).

Lindner, wird eine seltene Besonnenheit attestiert (Mayr 2020; o.A. 2020b). Konsensorientierung prägt nicht nur die politische Führung, sondern auch die Medienberichterstattung. *Die Zeit* stellt die Ausrichtung ihrer Rubrik "Z – Zeit zum Entdecken um": statt starker Ansagen, die zu Widerspruch im Leserforum herausfordern, wird nun das "Gegenteil" gefragt sein: "Weniger meinen, mehr suchen, tasten, zweifeln." (Rammstedt 2020) Und:

O ja, auch der Talkprofi Anne Will lernt in diesen Wochen, dass die Beschleuniger jeder Gesprächssendung – Streit, Konfrontation, Opponieren, Sich-ins-Wort-Fallen – gerade nicht gefragt sind. Als Will in einem sich andeutenden Disput [...] zwischen Armin Laschet und Markus Söder eine Nachfrage formulierte, wurde sie vom bayerischen Krisenmanager zurechtgewiesen ('Halten Sie das jetzt wirklich für angemessen, zu fragen, wer sich in dieser Meinungsdivergenz durchsetzt?'). (von Uslar 2020)<sup>20</sup>

6. In ihrer Fernsehansprache setzte die Kanzlerin zudem auf die Einhaltung von Regel und (Selbst-)Disziplin, jedoch nur in Kombination mit selbstverantwortlichem, situationsadäquatem Handeln des Einzelnen.

### **3. Frankreich: Nationale Einheit, Kriegsmetaphorik und ein Neuanfang**

"Nous sommes en guerre." (Emmanuel Macron, Adresse aux français, 16. März 2020)

Infolge des Zentralismus und Etatismus ist die öffentliche Aufmerksamkeit in Frankreich deutlich stärker als in Deutschland auf den Staatspräsidenten fokussiert, der während der Corona-Krise vier Reden an die Nation hält.<sup>21</sup> Parallel zu den Maßnahmenpaketen setzt auch er explizit auf eine intensiviertere Kommunikation: "Régulièrement, je m'adresserai à vous", kündigt er am 16. März an und bereits am 12. März verspricht er, die erlassenen Regeln würden klar sein, angemessen und "expliquées". Seine Fernsehansprache am 12. März beginnt Macron mit Empathie, einer "pensée émue et chaleureuse" für die Familien der Kranken, zollt den "Helden"

---

<sup>20</sup> Im Nachhinein wird dieses Phänomen auch kritisch reflektiert. So schreibt Miriam Lau in der Rubrik "Streit" in *Die Zeit*: "In dieser Notlage [...] erlahmte der kritische Reflex. [...] Wie die Politik den Virologen folgte, so taten es auch die meisten Journalisten." Es formierte sich ein "Team Droschen" – "[a]ber zu einem 'Team' sollten Journalisten nie gehören" (Lau 2020c). Leitmedien unterstützen "kumulativ" und "konsonant" ein Meinungsager, was zur Stabilisierung und Integration der öffentlichen Meinungslandschaft im Sinne eines demokratischen Konsens beitragen kann (Ackermann 2020: 44), aber nicht ganz zu Unrecht zu Ärger über die "linksliberale Diskurshegemonie in den Leitmedien und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk" (Ackermann 2020: 62) in Teilen des politischen Spektrums führt.

<sup>21</sup> Angesichts dieser Zentralität der Reden Macrons (und aus Platzgründen) beschränkt sich das Korpus im Kapitel zu Frankreich im Wesentlichen auf diese Ansprachen. Zudem wird keine gesonderte induktive Kategorienbildung vorgenommen. Stattdessen wird anhand der am deutschen Beispiel gewonnenen Kategorien überprüft, inwiefern der französische Präsident ähnliche – oder eben abweichende – Argumentationen bemüht.

im staatlichen Gesundheitswesen seinen Dank ("reconnaissance"), stellt den "intérêt collectif" ins Zentrum, appelliert an den "civisme" seiner Landsleute, die er bittet, eigennütziges Verhalten, einen "repli individualiste", zu vermeiden, "en disant nous plutôt qu'en pensant je", und beruft sich in gut republikanischer Tradition auf den Wert der "fraternité". Er setzt damit nicht grundsätzlich auf eine andere Strategie als die deutsche Bundeskanzlerin – wenn sein Anspielen auf Heldentum und die stolze Vergangenheit der Nation auch, wie in Frankreich üblich, deutlich patriotischer daherkommt und er statt auf 'Mitarbeit' auf 'nationale Einheit' setzt: "Je compte sur vous toutes et tous pour faire Nation au fond. Pour réveiller ce qu'il a de meilleur en nous, pour révéler cette âme généreuse qui, par le passé, a permis à la France d'affronter les plus dures épreuves." Selbst auf Konsens beruft der Präsident sich, indem er betont, sich mit allen politischen Familien abgesprochen zu haben. Lediglich die im deutschen Diskurs so auffällige Bescheidenheit und epistemologische Zurückhaltung und damit das offensive Eingestehen von Verletzlichkeit, Schwäche und Fehlbarkeit vermeidet Macron zugunsten einer Position der Stärke.

Erst in der zweiten Ansprache vom 16. März treten die Unterschiede zu Merkels Kommunikationsstil deutlich zu Tage. Ganz anders als die Bundeskanzlerin zwei Tage später beginnt Macron an diesem Tag mit dem Fokus auf der Entschlossenheit des Regierungshandelns, das Ordnung und Planung verrate. Mehrfach setzt er auf die Betonung von Stärke und Autorität ("Je vous le redis avec force") und unterstreicht die Verlässlichkeit und Sicherheit der von offizieller Seite verlautbarten Informationen ("La parole est claire, l'information est transparente.") Der Erwartung der Franzosen in einen starken Staat kommt er mit einer entsprechenden Rhetorik nach: Die Nation schütze ihre Kinder – hier die Mitarbeiter des Gesundheitswesens. Ganz offensichtlich setzt er damit weniger auf Eigenverantwortung und Eigeninitiative als auf ein hierarchisch organisiertes, wenn auch protektives Vorgehen. Dementsprechend stehen bei den Appellen an die Bevölkerung die Regelbefolgung, der Respekt und die Einforderung von Disziplin im Vordergrund, bis hin zur Androhung von Sanktionen für Fehlverhalten ("Toute infraction à ces règles sera sanctionnée."). Zwar spricht er – ähnlich wie Merkel – den "esprit solidaire" und die "responsabilité" an, schafft die entsprechende kollektive Verantwortung aber auch durch Ausgrenzung innerhalb der französischen Gesellschaft: Es gebe gemein-

schaftsschädliche 'Andere', adressiert zunächst in einer unpersönlichen dritten Person und dann in ausgrenzendem "vous", deren unsolidarisches Verhalten "wir" mittels Schulterchluss der Regeltreuen ächten sollten: "nous avons aussi vu du monde [...] qui n'ont pas respecté la consigne [...] A tous ceux [...] je veux dire [...] clairement: [...] vous [...]." Ab der Mitte der Rede strukturiert der viel zitierte und kritisierte Satz "Wir sind im Krieg"/"Nous sommes en guerre"<sup>22</sup> die weiteren Ausführungen. In Nachfolge von Poincaré, Clemenceau und Charles de Gaulle beschwört Macron die "unité nationale" gegen einen äußeren Feind<sup>23</sup> und bemüht entsprechend kämpferisches Vokabular – bis hin zur patriotischen Opferbereitschaft ("abnégation patriote"). Erst gegen Ende der Rede spricht er die Möglichkeit zum Lernen an, die er aber an die Figur moralischer Prüfung bindet: "Nous serons plus forts moralement."

Speziell die Kriegsmetaphorik wurde in der französischen Öffentlichkeit stark kritisiert. In den vom Verlag Gallimard herausgegebenen "Tracts de crise", in denen sich Intellektuelle in persönlich gehaltenen Essays zur Corona-Situation äußern, schreibt z.B. die Schriftstellerin Annie Ernaux an die Adresse des Präsidenten: "quoique vous le proclamiez, nous ne sommes pas en guerre" (2020: 2) und die Kriegsberichterstatterin Anne Nivat (2020) klagt mit Referenz auf dieses Framing die Schweigespirale an, die angesichts der Corona-Pandemie die echten Kriege der Welt ins mediale Hintertreffen geraten lasse. Die Zustimmung bricht während der Lockdown-Zeit ein (laut IFOP-Institut von 55% im März auf nur 39 % im April, König 2020: 4), auch wenn die Franzosen mehrheitlich diszipliniert die im Vergleich zu den deutschen weitaus härteren Ausgangssperren mittragen.

In Macrons Rede vom 13. April findet sich denn ein gänzlich anderer Ton; die Kriegsmetaphorik verschwindet in einem kurzen Vergleich ("comme en temps de guerre"). Die Rede setzt zunächst auf Empathie mit der von Sorge, Erschöpfung und Trauer arg gebeutelten Bevölkerung und feiert dann erste, schrittweise Erfolge

---

<sup>22</sup> In Deutschland wird die Kriegsmetaphorik von Olaf Scholz als fremde Rede zitiert: "Martialische Bilder sind ja gerade en vogue: Unsere Durchhaltefähigkeit ist groß, wie Militärs sagen würden." (o.A. 2020a)

<sup>23</sup> Am 12. März spricht Macron bereits von "union sacrée", seit der am 4. August 1914 im französischen Parlament verlesenen Rede Poincarés das geflügelte Wort für den parteiübergreifenden, nationalen Schulterchluss, hier in Reaktion auf die Kriegserklärung des Deutschen Reichs.

der gemeinsamen Anstrengung und Zivilcourage.<sup>24</sup> Der Staatschef zeigt sich mehrfach dankbar und gesteht Fehler angesichts einer dynamischen Situation ein;<sup>25</sup> schließlich spricht er gar von Demut ("humilité"). Bereits angesichts der Gelbwes-tenproteste 2019, als er das Defizit in der Kommunikation mit den Kommunen und den wirtschaftlich abgehängten Landesteilen erkannte und seine Politik der *Grands Débats*, der Gespräche mit kommunalen Verantwortlichen im ganzen Land, anstieß, erwies sich Macron als anpassungs- und lernfähig.

Am 14. Juni – sicherlich auch mit Blick auf die anstehende zweite Runde der Kommunalwahlen – kündigt er einen grundsätzlichen Neuanfang an: Frankreich, beginnend bei seinem Präsidenten, müsse sich neu erfinden, "se réinventer". Die 2. Achse der "nouvelle étape", die er ausruft, sei (neben einer ökologisch und sozial nachhaltigen Wiederankurbelung der Wirtschaft und der Umgestaltung des französischen Zentralstaates durch mehr Verantwortung vor Ort) die Wiederbelebung des republikanischen Geistes zur Überwindung der Spaltung des Landes, "notre unité autour de la République". Selbst wenn seine Sammlungsbewegung La République en Marche in den *municipales* am 28. Juni eine Wahlschlappe erleidet und die direkte Resonanz auf die Rede am 14. Juni verhalten war – nur 39% fanden den Präsidenten überzeugend (von Randow 2020)<sup>26</sup> – selten war Frankreich so einig wie in der Zustimmung zum neuen Wirtschaftspakts, der auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit einerseits und auf Nachhaltigkeit andererseits setzt (Blume 2020).

Abschließend kann festgehalten werden, dass Macrons Kommunikationsstil sich in den Punkten Appell an Vernunft und Verantwortlichkeit, Setzen auf Empathie und Humanität und dem Aufruf zu gesamtgesellschaftlichem Konsens nicht grundsätzlich von dem Merkels unterscheidet, wenn auch in den Details der Wortwahl und Argumentation traditionell französische, republikanische und stärker säkulare Werte und Leitbegriffe zum Tragen kommen. Er betont jedoch stärker als Merkel Disziplin und Regelvollzug, was er mit einer Demonstration institutioneller Stärke verbindet und mit dem Rekurs auf die Kriegsmetaphorik zusätzlich mit einem ge-

---

<sup>24</sup> Vgl. "grâce à nos efforts, chaque jour nous avons progressé"; "Et chacun d'entre vous [...] par votre civisme".

<sup>25</sup> Vgl. "Nous avons donc dû prendre des décisions difficiles à partir d'informations partielles, souvent changeantes [...]"; "Le moment, soyons honnêtes, a révélé des failles, des insuffisances".

<sup>26</sup> Für eine ausführliche (Nach-)Besprechung des Krisenmanagements in Frankreich auf Deutsch: König 2020.

wissen Nachdruck versieht. Unter anderem in Reaktion auf Kritik aus der Bevölkerung lenkt er jedoch schließlich auf eine Linie ein, die Fehlbarkeit und Lernbereitschaft einräumt und letztere auch gleich performativ in Reformvorschläge umsetzt.

#### **4. Spanien: die *crispación* – und ein *civic turn*?**

"Señor Sánchez, por fin se ha puesto la corbata negra [...] No le queda ni un solo partido político al que engañar ni un solo español al que mentir."

Pablo Casado (PP) zu Pedro Sánchez (PSOE), Congreso de Diputados, 27. Mai 2020

Am 26. April zieht die Journalistin Ana Carbajosa in einem Artikel in Spaniens auflagenstärkster Tageszeitung *El País* eine Bilanz des Krisenmanagements der deutschen Bundeskanzlerin, das ganz offensichtlich kontrastiv angelegt ist und implizit auf spanische Defizite hinweist: Es wird betont, dass Merkel, selbst Naturwissenschaftlerin, gestützt auf gefestigtes Expertenurteil mit gewohnter Sachlichkeit, Rationalität und Konsensorientierung vorgegangen sei. Neben ihrem persönlichen Beispiel einer freiwilligen Quarantäne wird explizit ihr Kommunikationsstil gelobt: "Fiel a su estilo, tardó en reaccionar. [...] Pero cuando al fin se dirigió a los ciudadanos, se ganó su confianza con un mensaje directo, sin adornos ni excesivos miramientos y apoyado en todo momento en la ciencia." (Carbajosa 2020)

In Spanien dagegen steht selbst die Corona-Politik unter dem Vorzeichen der *crispación*, des polarisierenden, immer auf Konfrontation setzenden Stils der Totalopposition, der den politischen Diskurs in Spanien prägt.<sup>27</sup> Somit kommt die Performanz eines *New We*, die geeignet ist, alle Spanier, angefangen bei ihren Führungseliten, anzusprechen, gar nicht erst zustande.<sup>28</sup> Der Ministerrat hatte am 14. März den nationalen Notstand ausgerufen und den Regierungspräsidenten Pedro Sán-

---

<sup>27</sup> Diese Strategie der ununterbrochenen Provokation und Aggression zur grundsätzlichen Unterhöhung der Legitimation des politischen Gegners hat sich in Spanien bereits seit der Legislaturperiode 2004-2008 durchgesetzt. Walther L. Bernecker schreibt dazu: "wenn die Opposition prinzipiell der Regierung widerspricht, wirkt diese Haltung desinformierend; [...] bedroht das friedliche Zusammenleben [...] und [...] stellt die gültigen Werte und den demokratischen Konsens in Frage." (2008: 85)

<sup>28</sup> Dazu eine kurze Fußnote in Sachen der Methode: Für Spanien wird auf ein Zeitungskorpus zugegriffen, das u.a. Politikeräußerungen zitiert und kommentiert. Da der Wir-Diskurs hier aber nicht dominant ist und stattdessen die Konfrontation der Führungseliten und die Konfliktlinien der spanischen politischen Landschaft im Vordergrund stehen, verläuft die Debatte ganz grundsätzlich anders. Es wurde daher – angesichts der gebotenen Kürze – dafür optiert, anstelle der Diskursanalyse darzustellen, warum es gar nicht erst zu einer Konsensorientierung kommt.

chez, Sozialist und Chef einer Koalitionsregierung mit der linkspopulistischen Partei Unidos Podemos, zum alleinigen Entscheidungsträger eingesetzt. Der Vorsitzende des konkurrierenden, konservativen Partido Popular (PP) und Wortführer der Opposition, Pablo Casado, unterzieht die Führungskompetenz Sánchez' Ende April einer Fundamentalkritik: Seine Ineffizienz gegen das Virus sei nicht zuletzt Folge ideologischer Verblendung; seine Wahlkampagne in den Medien, seine Hetze gegen das Königshaus und die Freude an seiner Machtfülle infolge der Parlamentsschließung seien ihm wichtiger gewesen als ein gutes Krisenmanagement. Zwar schließt Casado sich einem Misstrauensvotum im Schulterschluss mit der rechtspopulistischen Partei Vox nicht an, betont aber explizit, dass die Bürger\*innen schon wüssten, was sie an der – ihm zufolge wesentlich kompetenteren – Leistung der Autonomieregierungen und Bürgermeisterämter unter Führung des PP hätten (Riego 2020). Ein grotesk anmutender Kampf der Symbolpolitik tobt nicht zuletzt um die richtige Gestaltung der Staatstrauer (González 2020).

Insbesondere riss denn auch der Vorwurf nicht ab, die Zentralregierung versuche, den Autonomen Gemeinschaften Rechte aus der Hand zu nehmen, die diesen schon längst überantwortet worden seien. Sánchez habe die regelmäßig einberufene Konferenz der Autonomiepräsidenten nicht zur Konsensfindung oder zu effektiver Kommunikation genutzt (Urrea Corres 2020), sondern um "performatizar un liderazgo en solitario" (Amat 2020). Die Autonomiepräsidenten reagierten mit der üblichen Aggression – besonders ausfallend wie üblich der Chef des katalanischen Govern, d.h. der Autonomieregierung Kataloniens, Quim Torra, der polemisch behauptete, die Todeszahlen wären in einem unabhängigen Katalonien moderater ausgefallen.

Der *crispación* setzte jedoch zuletzt ein Aufstand der Zivilgesellschaft Grenzen: Am 25. April sprachen sich 40 Personen des öffentlichen Lebens, darunter katalanische Kunstschaffende, Journalisten und Politiker, gegen die unverantwortliche Meinungsmanipulation von Seiten Torras und seiner Regierung aus, die den "Virus zur politischen Waffe" mache (Ríos 2020). In einem offenen Brief schließen sich am 27. April 25 Experten des Gesundheitssektors der Aufforderung an, die Entscheidungsfindung nicht zu blockieren, Debatten zu entpolitisieren und die Corona-Politik auf ein sachliches, zweckdienliches Fundament zu stellen (Mouza 2020). Im Juni bezieht denn auch die Arbeitgebervereinigung CEOE Stellung und macht Druck auf den ihr gewöhnlich nahestehenden PP die politische Auseinandersetzung

in ruhigere Fahrwasser zu steuern und dem Aufbauplan der Regierung zuzustimmen (Noceda 2020). Der *civic turn*, den Ulrike Guérot für Europa in der Covid-Krise feststellt (2020: 295), gilt ganz offensichtlich auch in Spanien.

Die Zustimmung der konservativen Parteien PP und Ciudadanos zum sogenannten "decreto de normalidad" könnte denn auch den Schritt zu einer neuen Konsensorientierung der spanischen Politik bedeuten, ausgelöst von der "demanda social de una oposición responsable", so heißt es im Editorial von *El País* am 26. Juni – eine Neuorientierung, von der sich zeigen wird, ob sie von Dauer sein kann.

## 5. Ausblick: Europa und das Neue Wir

"nous proposons aux autres États européens de dire 'nous' plutôt qu'une addition de 'je'" (Emmanuel Macron, Adresse aux français, 14. Juni 2020)

Während in Deutschland der direkt und werbend an die Zivilgesellschaft gerichtete Appell der Bundeskanzlerin sich als erfolgreich erweist und in Frankreich der Präsident dialogbereit und zukunftsorientiert sowohl auf die Dynamik der Krise als auch auf kritische Stimmen der Bevölkerung reagiert und Reformen ansetzt, die zu mehr demokratischer Mitbestimmung und Einigkeit einladen, melden sich in Spanien Bürger\*innen zu Wort, die die Dysfunktionalitäten der politischen Kultur des Landes benennen und mehr Verantwortlichkeit der Eliten für das nationale Gemeinwohl einfordern. Führt also das *New We* der Corona-Krise transnational zu einer Neubelebung der Demokratie und der demokratischen Zivilgesellschaft in Europa, womöglich auch über den jeweils nationalstaatlichen Rahmen hinaus?

Auch auf europäischer Ebene gehen bekanntlich ein Aufruf von Künstlern und Intellektuellen, publiziert parallel in *Die Zeit* und *Le Monde* (Verschiedene 2020a), und ganz unterschiedliche zivilgesellschaftliche Stimmen dem Kompromiss zum Corona-Wiederaufbaufond der EU voraus, der nach viertägigem, zähem Ringen der EU-Kommission am 22. Juli vom erneuerten *couple franco-allemand* Merkel und Macron verkündet wird (Berschens et al. 2020) und den der deutsche Finanzminister Olaf Scholz schon im Mai vorausseilend als den Alexander-Hamilton-Moment der Union bezeichnet hatte, als den Moment, in dem die Gemeinschaft zum ersten Mal als Schuldner auftrete und somit finanzpolitisch einen Schritt zu einem föderalen Bündnis ähnlich den USA tue (Schieritz 2020).

Immer wieder ist während der Lockdown-Wochen die neue Normalität, ein *New Now* pathetisch beschworen worden. Die Vorstellung, es werde nach der Krise nie mehr sein wie zuvor, ist sicher weder als Menetekel noch als messianische Hoffnung ganz realistisch. Schön wäre es aber, wenn das *New Now* auch einen Anteil an *New We* hätte, ein Vertrauen in das politische Projekt der Demokratie in den Ländern Europas und der Europäischen Union.

## **Literatur**

- o.A. (2020a): "Wir können in die Vollen gehen", in: *Die Zeit*, 19. März 2020, 5.
- o.A. (2020b): "Kein Brett vor dem Kopf", in: *Die Zeit*, 28. Mai 2020, 2.
- o.A. (2020c): "Du kannst ein Stinktief nicht überstinken", in: *Die Zeit*, 04. Juni 2020, 6.
- o.A. (2020d): "Das Ende der Heuchelei", in: *Die Zeit*, 10. Juni 2020, 4.
- o.A. (2020e): "Los españoles desaprueban la gestión del Gobierno de la crisis del coronavirus, según un sondeo", in: *El Diario*, 3. April 2020.
- o.A. (2020f): "Wolfgang Schäuble und Jens Spahn im Gespräch: Über Corona, die CDU nach Angela Merkel – und was man mitbringen muss, um das Land durchs neue Jahrzehnt zu führen", in: *Die Zeit*, 16. Juni 2020, 2–3.
- Ackermann, Ulrike (2020): *Das Schweigen der Mitte. Wege aus der Polarisierungsfalle*. Darmstadt: wbg THEISS.
- Amat, Jordi (2020): "Laboratorio cooperativo", in: *El País*, 12. Mai 2020.
- Assheuer, Thomas (2020): "Niemand kann sich abschotten", in: *Die Zeit*, 16. April 2020.
- Austin, John L. (1989) [1962/1975]: *Zur Theorie der Sprechakte. (How to Do Things With Words)*. Stuttgart: Reclam.
- Bahnsen, Ulrich / Menne, Katharina (2020): "Aufspüren, testen, isolieren", in: *Die Zeit*, 5. März 2020, 35.
- Bernecker, Walther L. (2008): "Politik zwischen Konsens und Konfrontation: Spanien im 21. Jahrhundert", in: Bernecker, Walther L. (Hg.): *Spanien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, 85–105.
- Berschens, Ruth et al. (2020): "Deal beim Wiederaufbaufonds: Europa entgeht der Krise", in: *Handelsblatt*, 22. Juli 2020.

- Blume, Georg (2020): "Frankreichs neuer Frieden", in: *Die Zeit*, 20. August 2020, 23.
- Carbajosa, Ana (2020): "El éxito de la canciller científica que encandila al mundo", in: *El País*, 26. April 2020.
- Citton, Yves (2010): *Storytelling et imaginaire de gauche*. Paris: Eds. Amsterdam.
- de Weck, Roger (2020): "Mutter aller Probleme", in: *Die Zeit*, 12. März 2020, 8.
- Di Fabio, Udo (2020): "Dein Staat und Retter", in: *Die Zeit*, 19. März 2020, 11.
- Editorial (2020): "El sí del PP", in: *El País*, 26. Juni 2020.
- Ernaux, Annie (2020): *Monsieur le Président*. Tracts de crise, 29 (2. April). Paris: Gallimard.
- Foucault, Michel (1982): "Le sujet et le pouvoir", in: *Dits et écrits*. Vol. II. Paris: Gallimard, 1041–1062.
- Giordano, Paolo (2020): *In Zeiten der Ansteckung. Wie die Corona-Pandemie unser Leben verändert*. Hamburg: Rowohlt.
- González, Miguel (2020): "Del duelo por las víctimas al duelo entre políticos", in: *El País*, 28. April 2020.
- Guérot, Ulrike (2020): "Perspektiven für Europa und seine Demokratie(n) nach Corona", in: Volkmer, Michael / Werner, Karin (Hgg.): *Die Corona-Gesellschaft. Analyse und Perspektive für die Zukunft*. Bielefeld: transcript, 289–299.
- Habermas, Jürgen (1990) [1962]: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hanke, Thomas (2020): "In der Coronakrise versucht Macron den Neustart", in: *Handelsblatt*, 30. Juli 2020.
- Hildenbrandt, Tina / Pausch, Robert (2020): "Extrem fern, unglaublich nah", in: *Die Zeit*, 7. Mai 2020, 3.
- Illouz, Eva (2020): "Acht Lehren aus der Pandemie", in: *Die Zeit*, 18. Juni 2020, 53.
- König, Jürgen (2020): "Macron unter Druck. Frankreichs Herausforderungen nach Corona", *Deutschlandfunk*, 13. Juli 2020.
- Krastev, Ivan (2020): *Ist heute schon morgen? Wie die Pandemie Europa verändert*. Berlin: Ullstein.
- Lau, Miriam (2020a): "Was schiefgeht, bleibt an ihm hängen", in: *Die Zeit*, 5. März 2020, 36.

- Lau, Miriam (2020b): "Die Exitstrategen", in: *Die Zeit*, 16. April 2020, 2.
- Lau, Miriam (2020c): "Waren die Medien zu unkritisch gegenüber den Maßnahmen der Regierung?", in: *Die Zeit*, 10. Juni 2020, 8.
- Mayr, Anna (2020): "Hausbesuch bei Christian Lindner", in: *Die Zeit*, 23. April 2020, 55.
- Mayring, Philipp (<sup>12</sup>2010): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim / Basel: Beltz.
- Mouzi, Jessica (2020): "Expertos en salud pública piden a Torra despolitizar el abordaje de la crisis sanitaria", in: *El País*, 27. April 2020.
- Mudde, Cas / Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2019): *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*. Bonn: Dietz.
- Nivat, Anne (2020): *Des Pays en guerre*. Tracts de crise, 47 (15. April). Paris: Gallimard.
- Noceda, Miguel Ángel (2020): "La patronal presiona al PP para que haya acuerdos en la reconstrucción", in: *El País*, 13. Juni 2020.
- Rammstedt, Tilman (2020): "Rücksicht, das klingt so sexy wie eine Gürtelrose", in: *Die Zeit*, 14. Mai 2020, 52.
- Riego, Carmen del (2020): "Casado: 'La ideología impidió a Sánchez ser eficaz'", in: *La Vanguardia*, 27. April 2020.
- Ríos, Pere (2020): "Un manifiesto reclama al Govern que no utilice el virus 'como arma política'", in: *El País*, 25. April 2020.
- von Uslar, Moritz (2020): "'Ich bin verunsichert'. Ein Spaziergang mit Anne Will und ein Gespräch über ihre Sendung", in: *Die Zeit*, 16. April 2020, 43.
- Scharf, Simon (2020): "Endstation Solidarität? Sprachliche Einwürfe zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen 'Systemrelevanz' und Kriegszustand", in: Volkmer, Michael / Werner, Karin (Hgg.): *Die Corona-Gesellschaft. Analyse und Perspektive für die Zukunft*. Bielefeld: transcript, 185–193.
- Schieritz, Mark (2020): "Europa ist zurück", in: *Die Zeit*, 20. Mai 2020.
- Schmidt, Thomas E. (2020a): "Die Krisen-Manager", in: *Die Zeit*, 8. April 2020, 45.
- Schmidt, Thomas E. (2020b): "Das Ende der Globalisierung?", in: *Die Zeit*, 14. Mai 2020, 44.

Soboczynski, Adam (2020): "Für Übertreibungen ist kein Platz mehr", in: *Die Zeit*, 8. April, 47.

Thiele, Sven (2020): *Die Corona-Krise. Dummheit, Unfähigkeit oder Absicht?* London: steckandose.com.

Urrea Corres, Mariola (2020): "El mando único como precio político", in: *El País*, 4. Mai 2020.

Verschiedene (2020a), "Europa kann nur weiterleben, wenn die Europäer jetzt füreinander eintreten", in: *Die Zeit*, 2. April 2020, 45.

Verschiedene (2020b): "Zurück auf der Straße", in: *Die Zeit*, 14. Mai 2020, 2.

Von Randow, Gero (2020): "Der Herbst des Präsidenten", in: *Die Zeit*, 18. Juni 2020, 9.